

Vortragsdisposition

Nr. 22

Der Spartakusbund und die Gründung der KPD

I N H A L T

| | Seite |
|--|-----------|
| <i>I. Der erste Weltkrieg</i> | <i>1</i> |
| <i>II. Wie kam es zur Spaltung der Arbeiter- klasse?</i> | <i>3</i> |
| <i>III. Der Spartakusbund</i> | <i>11</i> |
| <i>IV. Die Gründung der KPD</i> | <i>21</i> |

Unverkäufliche Referentenausgabe

VERLAG NEUER WEG GmbH, BERLIN

Vortragsdisposition Nr. 22

Der Spartakusbund und die Gründung der KPD

30 Jahre sind seit der Gründung des Spartakusbundes verflossen, und unsere Partei kann in diesen Tagen auf ihr 27jähriges Bestehen zurückblicken. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands erfolgte auf einer Konferenz, die vom 29. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 in dem ehemaligen Preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg tagte. Der 27. Jahrestag des Gründungstages unserer Partei soll uns Anlaß sein, die Entstehung der KPD zu behandeln.

„Die Kommunistische Partei Deutschlands war und ist die Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg. Sie ist nie von diesem Wege abgewichen.“

(Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945)

Als Partei des entschiedenen Kampfes gegen Militarismus, Imperialismus und imperialistischen Krieg ist sie entstanden, als solche Partei hat sie 27 Jahre lang diesen Kampf geführt und führt ihn heute mit unverminderter Entschlossenheit weiter.

I. Der erste Weltkrieg

1. Die Ursachen des imperialistischen Krieges

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts ging der Kapitalismus endgültig in sein höchstes Stadium, den Imperialismus, über. Unter dem Imperialismus wurden die mächtigen Vereinigungen der Kapitalisten, die Monopole, Trusts, Kartelle und Großbanken, zum entscheidenden Machtfaktor der

kapitalistischen Staaten. Sie bestimmten die Richtung der Innen- und Außenpolitik des Landes. Das Finanzkapital wurde zum wahren Herrscher im Staate. Die Monopole, Trusts und Kartelle forderten neue Absatzmärkte, die Eroberung neuer Kolonien, neue Rohstoffquellen und neue Gebiete für die Kapitalausfuhr. Die Ursache des imperialistischen Krieges liegt in der Herrschaft des Finanzkapitals.

2. Wofür kämpften die deutschen Imperialisten?

Der deutsche Imperialismus verfolgte das Ziel der Eroberung von Kolonien, der Festigung seiner Herrschaft im Nahen Osten, sowie der Verstärkung der deutschen Flotte, die auf den Weltmeeren die Stellung Englands brechen sollte. In Europa erstrebten die deutschen Imperialisten die Besetzung Belgiens und Nordfrankreichs einschließlich der Kanalküste, die Eroberung der Ukraine, Polens und der baltischen Länder, um so zur Hegemonie in Europa zu gelangen.

3. Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus stürzten unser Volk in den Abgrund

Um die Werktätigen unseres Volkes für ihre hemmungslosen, raubgierigen Ziele zu gewinnen, gründeten, finanzierten und unterstützten die deutschen Imperialisten zahlreiche sogenannte „nationale“ Organisationen (Deutsche Kolonialgesellschaft, Alldeutscher Verband, Deutscher Flottenverein, Jung-Deutschland-Bund, Wehrverein usw.). In Wirklichkeit waren das jedoch keine nationalen, sondern reaktionäre, militaristische und imperialistische Verbände.

Die wirklichen Kämpfer für die deutsche Nation waren nicht diejenigen, die den Krieg unterstützten und Deutschland dem Abgrund näherbrachten, sondern diejenigen, die, wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck, gegen den imperialistischen Krieg und für den Frieden kämpften. Das wurde anschaulich durch die Ergebnisse des ersten Weltkrieges erwiesen, der den deutschen Finanzmagnaten (Krupp, Stinnes u. a.) Milliardengewinne brachte, dem deutschen Volke aber 2 Millionen Tote und 5 Millionen Verwundete kostete.

II. Wie kam es zur Spaltung der Arbeiterklasse?

1. Der Revisionismus in der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit

Vor dem ersten Weltkrieg war die Arbeiterbewegung nicht gespalten. Die revolutionären Arbeiter waren in der Sozialdemokratischen Partei vereinigt. Trotzdem gab es schon viele Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges in den Reihen der Sozialdemokratie eine rege Tätigkeit rechter Elemente (Revisionisten), die bestrebt waren, den Marxismus zu verfälschen und den revolutionären Inhalt der marxistischen Lehre totzuschweigen.

2. Der Revisionismus ruft die Gefahr einer Spaltung hervor

Der Revisionismus hat nicht nur durch seine Abkehr vom Marxismus die ideologischen Grundlagen der Arbeiterbewegung gefährdet, sondern auch bereits lange vor dem ersten Weltkriege die Gefahr einer Spaltung hervorgerufen.

Engels sah bereits im Jahre 1885 voraus, daß die Fortsetzung der Tätigkeit der rechten Elemente innerhalb der Sozialdemokratie zur Spaltung der Partei führen wird.

„Das kleinbürgerliche Element in der Partei bekommt mehr und mehr Oberwasser. Der Name von Marx soll möglichst unterdrückt werden. Wenn das so vorangeht, so gibt es eine Spaltung in der Partei, darauf kannst Du Dich verlassen.“

(Engels, Brief an Wilhelm Liebknecht vom 4. Februar 1885)

So wurde durch die Tätigkeit der rechten Elemente innerhalb der Sozialdemokratischen Partei durch ihre Abkehr vom Marxismus die Spaltung der Partei vorbereitet. Am 4. August 1914 wurde die Voraussage Engels graucnvolle Wirklichkeit.

3. Die Beschlüsse der Sozialdemokratie gegen den Krieg

Schon lange vor Ausbruch des ersten Weltkrieges war es den revolutionären Arbeitern, die mit der marxistischen Lehre bekannt waren, klar, daß durch die ständige Verschärfung der imperialistischen Gegensätze die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen wird. In Deutschland stand Karl Liebknecht an der Spitze des Kampfes gegen die imperialistischen Kriegstreiber. Im Geiste des Marxismus wurde von den Linken in Aufrufen und Artikeln immer wieder die Notwendigkeit unterstrichen, den Krieg durch revolutionäre Kampfmaßnahmen zu verhindern und, falls dies nicht gelingt, die Kriegskrise zum Sturz des Imperialismus auszunutzen.

a) Der Stuttgarter Kongreß der II. Internationale 1907

forderte die Arbeiterklasse und ihre Vertreter in den Parlamenten auf, in Uebereinstimmung miteinander energisch gegen den Ausbruch eines Krieges zu kämpfen. Sollte der Krieg dennoch ausbrechen, so forderte die Resolution des Stuttgarter Kongresses auf, alle Anstrengungen darauf zu richten,

„für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Besettigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

b) Der Chemnitzer Parteitag der SPD, 1912,

erklärte am Schluß seiner Resolution:

„Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdlich für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergerungen ist.“

c) Der Baseler Kongreß der II. Internationale

tagte kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1912. Angesichts des drohenden Krieges befaßte sich der Kongreß ausführlich mit der Kriegsfrage und nahm eine Resolution an, in der das Verhalten der sozialdemokratischen Parteien gegenüber dem imperialistischen Kriege festgelegt wurde. In dieser Resolution werden die Beschlüsse der internationalen Kongresse in Stuttgart und Kopenhagen ausdrücklich bestätigt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

d) Noch am 25. Juli 1914, als zwischen Oesterreich und Serbien bereits der Krieg auszubrechen drohte, wenige Tage vor Ausbruch des Weltkrieges, hieß es im Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

„Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshetzer . . .“

Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen:

**Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege!
Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"**

So hat die Sozialdemokratie bis zu den letzten Tagen vor Kriegsausbruch in Worten ihre Stellung zum imperialistischen Kriege festgelegt.

4. Die Prüfung vom 4. August 1914

Am 1. August 1914 brach der Weltkrieg aus. Am 4. August 1914 bewilligte die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags für den imperialistischen Krieg Wilhelm II. die Kriegskredite. Damit haben die sozialdemokratischen Führer von 1914 die Beschlüsse der Partei und der II. Internationale mit Füßen getreten und die deutsche Arbeiterklasse in das mörderische Feuer des ersten Weltkrieges gestürzt.

Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war Karl Liebknecht der einzige, der konsequent gegen die Kriegskredite und die Unterstützung der imperialistischen Regierung Stellung nahm. Er gab eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital . . .“

Bei der nächsten Sitzung am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht als einziger im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin und Wilhelm Pieck sowie andere linke sozialdemokratische Führer hielten den Grundsätzen des Marxismus, den Beschlüssen der Partei und der II. Internationale die Treue. Die übrigen Führer der damaligen Sozialdemokratie hatten die Abkehr vom Marxismus und den Beschlüssen der II. Internationale vollzogen.

5. Die Spaltung der Arbeiterklasse

So wurden durch die Abkehr des größten Teils der damaligen sozialdemokratischen Führung von den Grundsätzen des Marxismus die Sozialdemokratische Partei und die deutsche Arbeiterbewegung gespalten. Von nun ab gab es zwei Flügel in der Arbeiterbewegung,

1. die offizielle Führung und die Mehrheit, der Sozialdemokratischen Partei, die eine Abkehr vom Marxismus vollzogen hatten und gemein-

sam mit der imperialistischen Bourgeoisie den Krieg durchführten, und

2. eine revolutionäre Minderheit, die dem Marxismus treu geblieben war und die unter der Losung „Klassenkampf gegen den Krieg“ einen unversöhnlichen Kampf gegen den imperialistischen Krieg führte.

6. Ursachen und Folgen der Spaltung von 1914

Die Ursachen der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse lagen also darin, daß bei Ausbruch des Weltkrieges der überwiegende Teil der damaligen sozialdemokratischen Führer offen den Weg des Marxismus verließ.

Die Kriegspolitik der damaligen sozialdemokratischen Führer führte nicht nur zur Spaltung innerhalb der Leitung. Durch die rigorosen Maßnahmen der Parteiführung gegen die Opposition (Ausschlüsse der Opposition aus der Parlamentsfraktion, Raub der Parteizeitungen der Opposition, Denunziationen der oppositionellen Funktionäre bei den deutschen Militärbehörden usw.) wurde die gesamte Partei gespalten.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung im Jahre 1914 wurde im Jahre 1918 und 1933 zum Verhängnis, nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für die ganze Nation.

III. Der Spartakusbund

1. Die Gruppe „Internationale“

Diejenigen Sozialdemokraten, die den Grundsätzen des Marxismus und den Beschlüssen der Partei und der Internationale treu geblieben waren — Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck u. a. — führten während des ganzen Krieges einen heldenhaften Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für Frieden und Freiheit.

a) Liebknechts Erklärung am 2. Dezember 1914

Entgegen der unwahren Erklärung der offiziellen Parteiführung vom „Verteidigungskrieg“ zeigte Karl Liebknecht den wahren imperialistischen Charakter des Krieges auf. Entgegen der dem Marxismus widersprechenden Unterstützung des imperialistischen Krieges weigerte sich Karl Liebknecht für die Kriegskredite zu stimmen. Aus diesem Anlaß gab er am 2. Dezember 1914 eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes

entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes . . . Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen . . .

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine verantwortlichen Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwör, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, 2. Dezember 1914.

Gez. Karl Liebknecht."

b) Die Einberufung Karl Liebknechts und die Verhaftung Rosa Luxemburgs

Das mutige Auftreten Karl Liebknechts erregte großes Aufsehen im ganzen Land und wurde von vielen revolutionären Arbeitern stürmisch begrüßt. Die kaiserliche Kriegsregierung antwortete am 7. Februar 1915 mit der Einberufung Karl Liebknechts als Armierungssoldat, obwohl er Mitglied des Reichstages war, zu dessen Sitzungen er nur „beurlaubt“ wurde. Am 18. Februar 1915 wurde Rosa Luxemburg verhaftet.

c) Das Erscheinen der Zeitschrift „Internationale“

Am 15. März 1915 erschien die erste und einzige Nummer der Zeitschrift „Die Internationale“, die eine offene Kampfansage gegenüber der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Führerschaft darstellte. Sie wurde sofort verboten. Nach Erscheinen der Zeitschrift wurde die Gruppe um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck „Gruppe Internationale“ genannt.

d) Der Hauptfeind steht im eigenen Land

Im Mai 1915 verfaßte Karl Liebknecht das berühmt gewordene Flugblatt „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, in dem er die Zielsetzung der „Gruppe Internationale“ klar umriß. Im Flugblatt heißt es u. a.:

„Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Lande. Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampfe, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitz und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk . . .

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen — sorgt, daß sie sich gründlich verrechnen! Sie spekulieren auf die Langmut der Massen — wir aber erheben den stürmischen Ruf:

Wie lange noch sollen die Glücksspieler des Imperialismus die Geduld des Volkes mißbrauchen? Genug und übergenug der Metzerei! Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze! Ein Ende dem Völkermord!

So haben die besten Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck, schon vor über 30 Jahren einen energischen Kampf gegen Imperialismus und Militarismus geführt.

e) Die Verhaftung Wilhelm Piecks

Der Einfluß der sozialdemokratischen Opposition wuchs ständig. Mit der Antikriegsarbeit in Berlin hatte die „Gruppe Internationale“ Wilhelm Pieck betraut. Am 28. Mai 1915 fand vor dem Reichstagsgebäude (anläßlich der zur Kriegserklärung Italiens einberufenen Reichstagssitzung) unter Leitung Wilhelm Piecks eine große Frauendemonstration für den Frieden statt, auf der Wilhelm Pieck verhaftet wurde. Am 9. Juli 1915 wurde ein offener Brief der Opposition an den Parteivorstand der SPD herausgegeben, der von annähernd 1000 sozialdemokratischen Funktionären unterzeichnet war.

2. Der Spartakusbund

a) Die Gründung des Spartakusbundes

Der 1. Januar 1946 ist der 30. Jahrestag der Gründung des Spartakusbundes. Vor 30 Jahren, am 1. Januar 1916, fand in Berlin, im Büro Karl Liebknechts in der Chausseestraße, eine Konferenz der „Gruppe Internationale“ statt, wo die Gründung des Spartakusbundes erfolgte. Auf

dieser Konferenz wurden die Leitsätze des Spartakusbundes angenommen, die die Treue zu den gefaßten Beschlüssen der II. Internationale zum Ausdruck brachten. So hieß es dort u. a.:

„Die Pflicht der Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran.“

Die Konferenz beschloß, politische Briefe illegal herauszugeben, die mit der Unterschrift „Spartakus“ erschienen. Nach diesen Briefen, die zunächst vervielfältigt und seit September 1916 als Mitteilungsblatt gedruckt erschienen, wurde die „Gruppe Internationale“ als „Spartakusgruppe“ bezeichnet. Während der Novemberrevolution wurde sie in „Spartakusbund“ umbenannt.

Die Spartakusgruppe war somit die Vereinigung aller derjenigen Sozialdemokraten, die dem Marxismus treu geblieben waren. Sie führte die besten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie in ihrem Kampf weiter. Die Mitglieder des Spartakusbundes waren die konsequentesten Kämpfer gegen Imperialismus und Reaktion, gegen Militarismus und Krieg. Aus dem Spartakusbund ist die KPD entstanden.

b) Lenin über den Spartakusbund

Lenin wies wiederholt darauf hin, daß der Spartakusbund die besten und ehrlichsten Sozialdemokraten vereinigte, die dem Sozialismus treu geblieben waren.

„Mit Liebknecht und den Spartakusleuten geht alles, was unter den Sozialisten Deutschlands ehrlich und wirklich revolutionär geblieben ist, alles, was an Bestem und Ueberzeugtem im Proletariat vorhanden ist, die gesamten Massen der Ausgebeuteten, unter denen die Empörung brodelt und die Bereitschaft zur Revolution wächst.“

(Lenin, Gesammelte Werke, Bd. XXIII, S. 643)

c) Die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD)

Im März 1916 kam es zu einer Reihe von Demonstrationen und Streiks gegen den Krieg, die auch dazu beitrugen, daß sich in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein immer größerer Widerstand gegen die Fortsetzung der Kriegspolitik herausbildete. So kam es anläßlich der Reichstagssitzung am 24. März 1916 schon zu einer Spaltung der Reichstagsfraktion durch den Ausschluß der gegen das Kriegsbudget stimmenden oppositionellen Mitglieder. Vom Parteivorstand wurde die Spaltung planmäßig betrieben, weil er fürchtete, daß er die Verfügung über den Organisationsapparat zahlreicher großstädtischer Organisationen verlieren würde. Massenausschlüsse oppositioneller Ortsgruppen folgten. Damit wurde die Notwendigkeit für die Gründung einer von der Sozialdemokratie abgespaltenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei geschaffen, die auf einer Konferenz vom 6. bis 9. April 1917 in Gotha erfolgte und der sich auch die Spartakusgruppe anschloß.

d) Der Charakter der USPD

In der USPD war ein großer Teil der deutschen Arbeiterklasse, der ehrlich und entschlossen gegen den imperialistischen Krieg kämpfte, vereint. Der Führung der USPD — Haase, Kautsky, Bernstein, Hilferding, Crispian, Ledebour — fehlte es jedoch an Entschlossenheit, und ihre Halbheiten trugen zur Schwächung der revolutionären Kräfte bei.

Gegenüber der Unentschlossenheit der Parteiführung trat eine Opposition auf, der solche Vorkämpfer der Arbeiterklasse, wie Ernst Thälmann, Wilhelm Florin, Franz Dählem, Wilhelm Koenen, Walter Stöcker u. a. angehörten, die im Jahre 1920 die Vereinigung mit der KPD herbeiführten.

e) Die Antikriegsdemonstrationen im Mai 1916 und die Verhaftung Karl Liebknechts

Im Mai 1916 fanden in ganz Deutschland große Hunger- und Friedensdemonstrationen statt. Die imperialistische Kriegsregierung Wilhelm II. verhängte den verschärften Belagerungszustand in Dresden, Hanau, Jena und anderen Orten Deutschlands. Der Höhepunkt der deutschen Friedensbewegung war die große Antikriegsdemonstration am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin, als Karl Liebknecht gegen die Losung des Burgfriedens die Losung des Burgkriegs gegen die Kriegsverbrecher und des Friedens ausgab. Karl Liebknecht wurde sofort verhaftet. Die Verurteilung Liebknechts zu 2½ Jahren Zuchthaus löste eine große Welle von Proteststreiks und Protestkundgebungen der Arbeiterschaft aus, die noch höher stieg, als bei einer zweiten Kriegsgerichtsverhandlung die Strafe Karl Liebknechts auf 4 Jahre und einen Monat Zuchthaus erhöht wurde.

f) Der Kampf gegen den Krieg ist nicht Landesverrat,

sondern eine wahrhaft patriotische Tat. Die Freiheits- und Friedensbewegung des Spartakusbundes wurde von allen Reaktionären als „Landesverrat“ und als „Vorschub für eine feindliche Macht“ bezeichnet. Die Beschimpfung von Revolutionären als „ausländische Agenten“ ist eine alte Lüge der Reaktion.

In einem Brief Karl Liebknechts aus dem Zuchthaus Moabit an das Königliche Kommandanturgericht heißt es dazu am 8. Mai 1916:

„Landesverrat ist für den internationalen Sozialisten vollkommener Nonsens. Er kennt keine feindliche Macht, der ‚Vorschub zu leisten‘ er auch nur denken könnte . . .

Er kämpft im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus. Er faßt ihn dort, wo er ihn findet und wirksam treffen kann. Das ist: im eigenen Lande. Im eigenen Lande

bekämpft er im Namen des internationalen Proletariats die eigene Regierung, die eigenen herrschenden Klassen als Repräsentanten des internationalen Kapitalismus . . .

Würden die deutschen Sozialisten z. B. die englische Regierung und die englischen Sozialisten z. B. die deutsche Regierung bekämpfen, so wäre das eine Farce oder Schlimmeres. Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen . . . ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen . . .

Darum habe ich mich hier nicht mit den Sünden anderer zu befassen, sondern mit denen der deutschen Regierung."

Heute ist es einem jeden klar, daß der Kampf des Spartakusbundes während des ersten Weltkrieges und der Kampf der KPD in den letzten 27 Jahren gegen die Imperialisten und Kriegshetzer ein wahrhaft nationaler Kampf war, um dem deutschen Volke die Leiden zweier Weltkriege zu ersparen. Landesverrat dagegen begingen die Reaktionären und Imperialisten, die zum Zwecke ihrer eigenen Bereicherung das deutsche Volk zweimal in die Katastrophe führten.

IV. Die Gründung der KPD

1. Das Ansteigen der revolutionären Bewegung 1917—1918

Mit den steigenden Blutopfern und der materiellen Verschlechterung der Lage im Hinterland vollzog sich ein schnelles Ansteigen der revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen Krieg, für einen sofortigen Frieden.

a) Die Auswirkungen der russischen Februar-Revolution und Oktober-Revolution

Einen großen Ansporn erfuhr die Spartakusbewegung wie überhaupt die Antikriegsbewegung der deutschen Arbeiterschaft durch die revolutionäre Bewegung in Rußland, die im Februar 1917 zum Sturze des Zarenregimes führte, wenn auch noch nicht zur Beendigung des Krieges. Eine noch größere Einwirkung auf die deutschen Arbeiter hatten der Sieg der Großen Sozialistischen Oktober-Revolution am 7. November in Rußland und die Friedensdeklaration der Sowjetregierung am 8. November 1917.

b) Massenstreiks

Der Aufschwung der revolutionären Bewegung gegen den imperialistischen Krieg machte sich zuerst im stürmischen Wachsen der Streikbewegung bemerkbar. Die Zahl der Streikenden betrug:

| | |
|-------|-----------|
| 1915: | 12 000 |
| 1916: | 124 000 |
| 1917: | 651 000 |
| 1918: | 1 304 000 |

Anfang 1917 brach der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet aus, dem Massenstreiks in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Halle (Leune-Werke), Braunschweig, Hannover, Dresden usw. folgten. Der Höhepunkt der Streikbewegung war der große Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, der nicht nur den Widerstand gegen die Hungerrationen der Arbeiter ausdrückte, sondern auch eine scharfe Protestaktion gegen den vom deutschen Generalstab dem Sowjetvoik aufgezwungenen Gewaltfrieden von Brest-Litowsk war, und auf dem erstmalig Arbeiterräte geschaffen wurden.

2. Die Reichskonferenz des Spartakusbundes

Am 1. Oktober 1918 fand eine Reichskonferenz des Spartakusbundes statt, die sich mit der Frage der revolutionären Erhebung der Arbeiterschaft gegen den Krieg beschäftigte. Die Konferenz arbeitete ein Aktionsprogramm aus, jedoch zu seiner Durchführung fehlte es an einer selbständigen revolutionären Partei, die die Führung dieser Aktion in ihre Hände nahm.

3. Das Aktionsprogramm des Spartakusbundes

Der auf der Reichskonferenz am 1. Oktober 1918 angenommene Aufruf des Spartakusbundes stellte u. a. folgende Forderungen:

Freilassung aller politischen Gefangenen.

Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

Sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes (Arbeitszwangsgesetz seit 1916).

Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten.

Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Anschließend heißt es im Aufruf des Spartakusbundes:

„ . . Die Erreichung dieser Ziele bedeutet noch nicht die Erreichung eures Zieles (d. h. der Arbeiter, d. R.), sie sind der Prüfstein dafür, ob die Demokratisierung, die die herrschenden Klassen und deren Agenten euch vorfunkern, echt ist. Der Kampf um die wirkliche Demokratisierung geht nicht um Parlament, Wahlrecht oder Abgeordnetenminister und anderen Schwindel; er gilt den realen Grundlagen aller Feinde des Volkes: Besitz an Grund und Boden und Kapital, Herrschaft über die bewaffnete Macht und über die Justiz.“

(Aufruf der Spartakus-Konferenz vom 1. 10. 1918)

4. Begrüßung Lenins an die Oktoberkonferenz des Spartakusbundes

In einer Begrüßung, die Lenin an die Konferenz des Spartakusbundes sandte, hieß es u.a.:

„Ich benutze diese Gelegenheit, um unsere besten Wünsche den deutschen revolutionären Sozialdemokraten-Internationalisten zu übermitteln. Die Arbeit der deutschen Spartakus-Gruppe, die unter den schwierigsten Umständen eine systematische revolutionäre Propaganda trieben und wirklich die Ehre des deutschen Sozialismus und des deutschen Proletariats gerettet haben.“

5. Die Schwächen des Spartakusbundes

Neben den unzweifelhaften Verdiensten des Spartakusbundes während des ersten Weltkrieges wurde jedoch auch eine Reihe von Fehlern begangen.

a) Verspätete organisatorische Trennung

Die Schaffung einer selbständigen neuen Partei wurde verzögert. Das Hinausschieben der Gründung einer Kommunistischen Partei war ein schwerer Unterlassungsfehler, der zur Folge hatte, daß in der Zeit des Zusammenbruchs des Kaiserreichs der deutschen Arbeiterschaft eine revolutionäre Partei fehlte, die es zum Siege über den Imperialismus, zur Vernichtung der imperialistischen Machthaber hätte führen können. Das war mit eine der Ursachen, daß es in Deutschland am 9. November bei einer nicht zu Ende geführten bürgerlich-demokratischen Revolution blieb, die wohl die Monarchie stürzte, aber die reaktionären Kräfte unangetastet ließ und ihnen so die Möglichkeit gab, einen neuen Krieg vorzubereiten.

b) Die Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen

Die Mehrheit des Spartakusbundes vertrat die Ansicht, daß es notwendig sei, an den Wahlen zur Nationalversammlung von 1919 nicht teilzunehmen und sie zu boykottieren. Dieser Standpunkt entsprang der unrichtigen These, daß der „Parlamentarismus politisch überlebt“ sei, und daß „der unvermeidliche Zusammenbruch des Kapitalismus vor der Tür stehe“.

In seinem Buch „Der ‚Linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ widerlegte Lenin diese falschen Anschauungen. Lenin schrieb, daß

... . . der Parlamentarismus in Deutschland sich politisch noch nicht überlebt hat, daß die Beteiligung an den Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstrübüne für die Partei des revolutionären Proletariats unbedingte Pflicht ist, gerade um die rück-

ständigen Schichten ihrer Klasse zu erleben, gerade um die unentwickelte, gedrückte, unwissende Masse auf dem Lande aufzurütteln und aufzuklären“.

(Lenin, „Der ‚Linke‘ Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, S. 41)

6. Die Gründung der KPD

Durch die verspätete organisatorische Trennung wurde die KPD erst am Abschluß der ersten Etappe der Revolution, fast 2 Monate nach dem 9. November 1918, geschaffen. Die Gründung der KPD erfolgte auf der letzten Reichskonferenz des Spartakusbundes, die vom 29. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 im ehemaligen Preußischen Abgeordnetenhaus tagte. Auf dieser Konferenz waren 83 Delegierte aus 46 Orten Deutschlands vertreten. Zum Abschluß der Konferenz wurde das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt, dem u. a. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck angehörten.

7. Die Grundlinien des Kampfes der KPD

27 Jahre sind seit der Gründung der KPD vergangen, 30 Jahre seit der Bildung des Spartakusbundes. So unterschiedlich auch die Entwicklung der Partei, ihre Arbeit und ihr innerer Zustand in den einzelnen Etappen war, durch die ganzen 27 Jahre ihrer Politik zieht sich eine **einheitliche Grundlinie**, die mit aller Konsequenz durchgeführt wurde:

- a) Der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden und Völkerverständigung und für die Freundschaft mit der Sowjetunion.
- b) Der Kampf gegen Reaktion und für eine Demokratie, die den Werktätigen den entscheidenden Einfluß im Staate sichert, mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus zu schaffen.
- c) Der Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Marxismus und für das feste Bündnis mit der Bauernschaft, um dadurch die Voraussetzung für den Sieg über alle reaktionären Kräfte zu schaffen.
- d) Der Kampf für die ständige Verbesserung der Lebenshaltung und der Arbeitsbedingungen der Werktätigen, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer.

In dieser Grundlinie ihrer Politik unterscheidet sich die KPD von allen anderen Parteien. Unsere Partei ist nie von dieser Grundlinie abgewichen und hat mit ihren Voraussagen über die weitere Entwicklung recht behalten. Das ist die Ursache für das Vertrauen, das unsere Partei bei den Werktätigen genießt.

8. Die Hauptaufgabe ist Stärkung der Einheit

Eine der Hauptursachen, daß der Kampf der Partei früher nicht von Erfolg gekrönt war, war das Fehlen der Einheit der Arbeiterschaft. Heute gilt es, die Einheit der Arbeiterklasse zu erkämpfen. Daher haben wir die Aufgabe, die Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien, die auf dem Boden des Marxismus stehen, zu stärken, um auf diesem Wege zur Einheitspartei der Arbeiterschaft zu gelangen.

Wenn es unserer Partei trotz ihres Kampfes gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg nicht gelungen ist, das deutsche Volk vor den Schrecken des Naziregimes und des zweiten Weltkrieges zu bewahren, so liegt die Hauptursache dafür in der Spaltung der Arbeiterklasse. Daraus gilt es heute die Lehre zu ziehen und alles zu tun, um die **Aktionseinheit der Arbeiterklasse** zu erhalten und zu festigen. Darüber hinaus kämpft die KPD für die Weiterentwicklung der Aktionseinheit zur **Einheitspartei**. Darum bedeutet die Stärkung der KPD zugleich eine Stärkung des Kampfes um die Schaffung der Einheitspartei der deutschen Arbeiterschaft.

Material für politische Schulungstage

.....
**Herausgegeben vom Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands**
.....